

1554/J

der Abgeordneten DI Prinzhorn
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Steuern senken - Arbeit schaffen

„Dafür lehne ich jede Verantwortung ab. Verlangen Sie bitte keine Erklärung
von mir, wie das im Detail funktioniert. Ich kenn mich auch nicht genau

aus... "

Bezog sich diese von Herrn Bundesminister Mag. Klima in einem Interview mit der
Wochenzeitung „Profil“ vom 26.08.1996 getätigte Aussage zwar auf das Werkvertragschaos,
so liegt doch der Schluß nahe, daß es sich bei diesem Eingeständnis offenbar um das Motto
dieser Bundesregierung handelt.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung kommt man zu dem Ergebnis, daß die
sozialistisch dominierte Bundesregierung in den letzten Jahren nahezu untätig war,
beziehungsweise nur, wenn überhaupt, reagiert anstatt agiert hat.

So wurde es unterlassen, auch strukturelle Reformen in Angriff zu nehmen, und dadurch ein
ständig steigendes strukturelles Budgetdefizit geradezu provoziert. Den diesbezüglichen
Ankündigungen folgten in der Regel lediglich halbherzige oder einander widersprechende
Maßnahmen.

So haben Sie bereits 1985 in Ihrer Eigenschaft als Finanzminister in Ihrer Budgetrede auf
folgendes hingewiesen: „ die Notwendigkeit struktureller Reformen; die Ineffizienz des
öffentlichen Sektors; den dringenden Handlungsbedarf , den österreichischen Kapitalmarkt
wieder zu mehr Aktivität zu führen; die Kontrollierbarkeit der Staatsverschuldung;
Förderungsaktionen im Bereich des Fremdenverkehrs und des Gewerbes; die Transparenz
der Folgekosten sowie die nachhaltige Absicherung eines hohen Beschäftigungsgrades. "

Zehn Jahre später, nämlich im Budgetprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1996 bis
2000, finden sich - man höre und staune - folgende, inhaltlich unveränderte Zielsetzungen
wieder: „ Verbesserung der Beschäftigungslage, Sicherung der gesamtwirtschaftlichen
Stabilität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die u.a. durch den Anstieg der
öffentlichen Verschuldungsquote auf 69,4 % (1995) notwendige Budgetkonsolidierung muß
durch strukturelle Reformen eingeleitet werden. Durch eine Investitions- und
Exportoffensive, eine Technologieoffensive und Strukturreformen soll die Beschäftigung
gesteigert werden. "

Um nun ein durch die Inaktivität der Bundesregierung bedingtes Ausuferndes des Budgetdefizits
einzubremsen, wurden den Österreichern und Österreicherinnen sozial völlig unausgewogene
Belastungspakete als reine budgetäre „Feuerwehraktionen“ aufgebürdet.

Als Folge dieser Belastungspakete droht die heimische Abgabenquote, die bereits jetzt mit
43,5 % weit über dem EU-Durchschnitt liegt, auf über 45 % anzusteigen. Daß noch weitere
Belastungspakete auf die österreichische Bevölkerung zukommen werden, beweist unter
anderem Ihre jüngste Aussage, in der Sie eine Erhöhung der Erbschafts- und
Schenkungssteuer fordern. Nach Aussagen weiterer SPÖ-Politiker und Regierungsmitglieder
droht eine Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage in der Kranken- und
Arbeitslosenversicherung, ein steuerliches Abzugsverbot der Sozialversicherungsbeiträge,
eine Erhöhung der Einheitswerte für Grundvermögen (und dadurch Erhöhung der
Grundsteuer), die Einführung der Besteuerung einer fiktiven Miete bei Eigenheimen, die
Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage im Falle der Mitversicherung von Frauen und
Kindern und die Einführung von Studiengebühren, der Solidarabgabe sowie der
Vermögensteuer.

Laut WIFO-Monatsbericht vom Oktober dieses Jahres wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf mehr als 245.000 im Jahresdurchschnitt 1997 steigen, was eine Arbeitslosenquote von 7,5 % ergibt.

Die optimistischen Ansichten der Wirtschaftsforscher, daß sich dieses Niveau 1998 halten und nicht auf die Horrorquote von 8,1 % steigen soll, wird durch die Aussagen des Leiters des Arbeitsmarktservices Herbert Buchinger relativiert:

„Die Prognosesicherheit der Wirtschaftsforschungsinstitute in bezug auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist sehr gering!“

Die von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang angekündigten Beschäftigungsprogramme sind, den Aussagen von Rektor Prof. Dr. Smekal zufolge, wegen der angespannten Budgetsituation reine Verbalakrobatik, die jeder realen Grundlage entbehren.

Diese Behauptung wird durch die Tatsache untermauert, daß Österreich im Bereich der Ausgaben für aktive Beschäftigungspolitik mit 0,22 % des BIP an drittletzter Stelle in Europa liegt. Die Arbeitsmarktsituation wird sich auch noch deshalb, vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, noch wesentlich verschärfen, weil sich die Gebietskörperschaften, insbesondere der Bund, jeglicher Verantwortung für die Beschäftigung der Jugend entziehen. Während von der privaten Wirtschaft ein ausreichendes Lehrstellenangebot verlangt wird, muß der öffentliche Dienst einen mehrjährigen Aufnahmestopp verordnen, um die übermäßigen Personalkosten einigermaßen in den Griff bekommen zu können. Diese Flucht aus der Verantwortung für das wertvollste Kapital, nämlich die Jugend, ist bezeichnend für die reaktive Politik dieser Bundesregierung, die unwillig und unfähig ist, sich wirklich mit den Zukunftsfragen Österreichs zu befassen.

Die Arbeitslosenstatistik wird noch zusätzlich durch die steigende Anzahl von Frühpensionisten verfälscht und spiegelt daher die Realität nicht wieder. So hat der Anteil der Frühpensionisten an der Zahl aller Rentenempfänger bereits Ende September 1996 erstmals die 20 %-Marke (1993: 13,7 %) überschritten. Die Zahl der Frühpensionen stieg im Jahr 1996 um 20.000 auf rd. 190.000 und gefährdet daher den Generationenvertrag massiv.

Einer der Hauptgründe für die triste Situation am Arbeitsmarkt ist eine noch nie dagewesene Insolvenzwelle, die einen Nachkriegsrekord darstellt. Für 1996 dürfte die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche zwischen 5.300 und 5.400 liegen, das sind um rund 8 % mehr als im Vorjahr. Die Schulden der insolventen Firmen werden einen Wert von ca. 39 Mrd. S erreichen (zuzüglich rd. 11 Mrd. S für die Großinsolvenz des Baukonzerns Maculan). Im Vergleich dazu betragen die Schulden 1985 „lediglich“ ca. 11,5 Mrd. S. Mitverantwortlich für diese Pleitewelle ist die schlechte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen.

Trotz des Umstandes, daß die Bundesregierung von namhaften Experten auf diesen Eigenkapitalmangel hingewiesen wurde, fand sie es nicht der Mühe wert, unter anderem durch entsprechende steuerpolitische Maßnahmen entgegenzuwirken. Anstatt dessen wurden in letzter Zeit sogar kontraproduktive Maßnahmen zulasten von Unternehmen, wie zum Beispiel die Anhebung der Mindest-KöSt auf jährlich 50.000 S oder die als

verfassungswidrig kritisierte Werkvertragsregelung, gesetzt. Auch wurden keine Anstrengungen unternommen, eine seit langem überfällige Gründeroffensive einzuleiten.

Dies ist allein schon deshalb unverständlich, da der Prozentsatz der Unternehmer an der Erwerbsbevölkerung der zweitniedrigste in Europa ist. Allein zur Erreichung des OECD - Durchschnittes müßten in Österreich 140.000 zusätzliche Unternehmen gegründet werden. Dazu kommt noch, daß die österreichischen Unternehmer durch eine aufgeblähte Bürokratie und ein nicht mehr zu rechtfertigendes Ausmaß an staatlicher Regulierung und Bevormundung behindert werden, was erwiesenermaßen negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf das Wirtschaftswachstum und die Kaufkraft nach sich ziehen. Gemäß dem jüngst veröffentlichten Economic Freedom Index (Bürokratieindex) liegt Österreich, im Vergleich mit 20 Industrienationen hinsichtlich der freien Wirtschaftsentfaltung, an letzter Stelle hinter Spanien und Italien. Im Untersuchungsbereich „staatlicher Einfluß und Regulierung“ hat Österreich am schlechtesten abgeschnitten. Bei der Kaufkraft je Einwohner im Jahre 1994 sowie beim durchschnittlichen Wirtschaftswachstum, bezogen auf die Bruttoinlandsprodukte der Jahre

1980 - 1994, lag Österreich gemäß diesem Bürokratie-Index um mehr als die Hälfte unter den Werten der besten Länder, wie zum Beispiel Neuseeland.

Die immer weiter ausufernden und weit über dem EU- Durchschnitt liegenden Lohnnebenkosten, die bereits ca. 103 % erreicht haben, belasten den österreichischen Wirtschaftsstandort nachhaltig und gefährden massiv die Arbeitsplätze der Österreicherinnen und Österreicher.

Die Erfolglosigkeit der Wirtschaftspolitik zeigt sich auch daran, daß Österreichs Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den EU-Mitgliedsländern vom dritten auf den fünfzehnten und damit letzten Platz abgerutscht ist. Dies bedeutet für die heimische Wirtschaft ein weiteres Verharren in der konjunkturellen Talsohle.

In diesem Zusammenhang ist auch die massive Verschlechterung der Leistungsbilanz bemerkenswert, die sich alle in von Jänner bis September 1996 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1995 um rd. 6 Mrd. S verschlechtert hat und nunmehr ein Defizit von 36 Mrd. S aufweist. Für diese Verschlechterung war die von der Regierung mangelnde Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen verursachte Krise in der Tourismuswirtschaft verantwortlich. So sind die Überschüsse aus der Reiseverkehrsbilanz allein von September 1995 bis September 1996 um rd 30 % zurückgegangen. Hatte die Reiseverkehrsbilanz im Jahr 1992

noch einen Überschuß von 67 Mrd. S aufzuweisen, hat sich dieser zwischen 1992 und 1995 auf knapp unter 30 Mrd. S mehr als halbiert.

Eine erforderliche Exportoffensive wurde mehrmals angekündigt und wie gewohnt von der Bundesregierung nicht umgesetzt. Nicht zuletzt deswegen hat IHS-Experte Andreas Wörgötter kritisiert, daß die Exportwirtschaft keine wirtschaftliche Unterstützung erhalte und daß außer Ankündigungen von Offensiven bisher nichts geschehen sei.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die von der Bundesregierung versprochene Technologieoffensive nicht verwirklicht wurde. Dies ist auch der Grund, weshalb die F&E-Quote (1,5 %) noch immer weit unter dem OECD-Durchschnitt (ca. 2 %) liegt.

Wie gleichgültig die Bundesregierung den Anliegen der österreichischen Wirtschaft gegenübersteht, zeigt die Problematik der „EU-Förderfalle“, die verhindert, daß EU-Fördermittel voll ausgeschöpft werden.

Ebenso sind die Koalitionspartner nicht in der Lage längst erforderliche Privatisierungen durchzuführen, was dazu geführt hat, daß sich internationale Medien bereits seit längerer Zeit darüber lustig machen („How not to privatize a bank“ ; Wall Street Journal Europe; Sep.1995).

Seit 1991 waren an Privatisierungserlösen 38,4 Mrd. S veranschlagt, realisiert wurden seither lediglich rd. 6,4 Mrd. S. Anstelle echte Privatisierungen durchzuführen, bemüht sich die österreichische Bundesregierung ihren Einflußbereich durch „Scheinprivatisierungen“ (z.B. Post, Bahn, Bundesrechenamt), die lediglich eine Flucht aus dem Budget darstellen, abzusichern.

Die völlige Hilflosigkeit der Koalition zeigt sich im Bereich des Arbeitsmarktes. Angesichts der ständigen Arbeitsplatzverluste in Österreich wird zwar noch im Koalitionsübereinkommen vom 11. März 1996 eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit folgenden Schwerpunkten versprochen:

Verstärkung der Qualifikationspolitik für Arbeitslose und Beschäftigte, deren Arbeitsplätze gefährdet erscheinen; verstärkte Wiedereinstiegshilfe für Langzeitarbeitslose; Sonderprogramme für Branchen, Problemarbeitslose und Wiedereinsteiger/innen (insbesondere für Frauen nach beruflicher Abwesenheit wegen Kindererziehung/Kinderbetreuung).

Darüber hinaus haben Sie auch jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz versprochen („Es müsse kein 15-jähriger auf der Straße stehen!“); auch von Lehrlingsoffensiven war die Rede. Keine dieser Ankündigungen ist auch nur ansatzweise verwirklicht worden, obwohl sich in der letzten Zeit die Arbeitsmarktsituation noch wesentlich verschlechtert hat, und sich dieser -trend noch verstärken dürfte. Dabei besteht, wie die folgende beispielhafte Aufzählung von Problemfeldern zeigt, enormer Handlungsbedarf:

Industrie ständiger Abbau von Arbeitsplätzen; drohende „Entindustrialisierung Österreichs“
 Semperit Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Tschechien
 HTM Verlust von hunderten Arbeitsplätzen
 Post Abbau von 8.000 Arbeitsplätzen geplant (Sperrung von Postämtern, Verringerung des Angebots von Buslinien)
 öffentl. Verwaltung Streichung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche
 ÖBB Abbau von tausenden Arbeitsplätzen geplant
 Banken und
 Versicherungen Abbau von 20 % der Arbeitsplätze kolportiert
 Tourismusbranche Redimensionierung der Kapazitäten (zahlreiche Insolvenzen)

Angesichts der angespannten wirtschaftlichen und budgetären Situation und der wirklich besorgniserregenden Lage des Arbeitsmarktes sowie der beängstigenden Untätigkeit dieser Bundesregierung stellen die unterfertigten Abgeordneten gemäß § 93 Abs. 1 GOG-NR an den Bundeskanzler folgende

DRINGLICHE ANFRAGE :

1) In der Pressestunde vom 24. 11.1996 vertraten Sie die Ansicht, daß eine Volksabstimmung betreffend die Einführung des „Euro“ nicht notwendig wäre.
 Wie rechtfertigen Sie diese Ansicht?

2) Teilen Sie die Auffassung, daß schon aus demokratiepolitischen Gründen, ähnlich wie in anderen EU-Mitgliedsstaaten (z.B. Dänemark und Schweden), eine derartig weitreichende Entscheidung einer Volksabstimmung zu unterziehen wäre?
 Wenn nein, warum nicht?

3) Befürchten Sie, daß sich die Österreicherinnen und Österreicher wegen der Nichterfüllung der vor der EU-Volksabstimmung gemachten Versprechungen (siehe „Ederer--Tausender“) mangels Vertrauen in die Bundesregierung nunmehr gegen den Euro aussprechen könnten?
 Wenn ja, warum?
 Wenn nein, warum nicht?

4) Während Vizekanzler Schüssel in der Fernsehdiskussion am 13. Oktober 1996 behauptete, daß ein stabiler harter Euro und die Teilnahme Italiens an der 3. Stufe der WWU einander ausschließen, erklärten Sie in der Pressestunde vom 24. November dieses Jahres, daß der Euro ebenso hart wie der Schilling sein wird. Dies, obwohl die Teilnahme Italiens an der 3. Stufe der WWU - trotz der unterschiedlichen Auffassungen betreffend den Fristenlauf der zweijährigen EWS-Zugehörigkeit vor einer möglichen Teilnahme an der WWU - ab 1999 immer wahrscheinlicher wird. Nunmehr ist der SPÖ- Delegationsleiter im EU-Parlament Dr. Swoboda sogar für einen gegenüber dem Schilling weicheren Euro (Vgl. Die Presse vom 27. Nov. 1996) eingetreten.
 -Teilen Sie die Auffassung von Dr. Swoboda?
 Wenn ja, warum?
 Wenn nein, warum nicht?

5) Werden Sie im Rahmen der Verhandlungen für eine strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien eintreten, um eine gegenüber dem Schilling schwächere Einheitswährung zu verhindern?
 Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie konkret setzen?
 Wenn nein, warum nicht?

6) Die Bundesregierung hat sich wiederholt für eine rasche Erweiterung der EU um mittel- und osteuropäische Länder ausgesprochen, ohne der Bevölkerung die Vor- und Nachteile in entsprechender Form offenzulegen.
 Ist aus Ihrer Sicht eine rasche Osterweiterung der EU anzustreben ?

Wenn ja, warum?

7) Teilen Sie die Auffassung des SP-Delegationsleiters im EP Dr. Swoboda, wonach die Osterweiterung nicht vor dem Jahr 2005 stattfinden soll?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

8) Teilen Sie die Auffassung des Dr. Swoboda, daß es „zu tiefst verantwortungslos sei, wenn manche Staatsmänner den beitragswilligen Ländern unhaltbare Terminversprechen machen“?

Wenn nein, warum nicht?

9) Aufgrund der deutlichen Unterschiede in den Entwicklungsniveaus der EU und insbesondere Österreichs einerseits und der Reformstaaten andererseits wird es im Falle der Osterweiterung zu enormen Problemen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt kommen. So hat beispielsweise LH Dr. Stix vor „desaströsen Auswirkungen auf die burgenländischen Arbeitnehmer, das Kleingewerbe und die Landwirtschaft“ bei einer zu raschen Osterweiterung gewarnt.

Welche Maßnahmen wird die österreichische Bundesregierung einfordern bzw. ergreifen, daß es bei der Erweiterung nicht zu den erwarteten Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften, wovon Österreich besonders betroffen wäre, kommt?

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit ein Sozialdumping im Falle der Osterweiterung verhindert werden kann?

10) Besteht innerhalb der österreichischen Bundesregierung betreffend die Folgen und die Risiken eines Eintrittes in die 3. Stufe der WWU Einigkeit?

Welche Folgen bzw. welche Risiken erwarten Sie?

11) Während Dänemark und Schweden (für diese Länder ist Deutschland der wichtigste Handelspartner) aus Angst vor einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit 1999 nicht in die 3. Stufe der WWU eintreten wollen, sind Sie für ein unbedingtes Beitreten zum ehestmöglichen Zeitpunkt. Kann man daher davon ausgehen, daß für Sie die Einführung des Euro wichtiger ist als die Senkung der Arbeitslosigkeit?

Wenn nein, warum nicht?

12) Wie können Sie es verantworten, die Post durch Belastung mit Budgetschulden im Interesse der Teilnahme am Euro in eine wirtschaftlich derart verzweifelte Lage zu bringen, die den Abbau von Tausenden Arbeitskräften und massive Leistungskürzungen geradezu erzwingt?

13) Worauf führen Sie Ihre Erfolglosigkeit bei den Bemühungen zurück, im Rahmen der EU eine Stärkung der Beschäftigungspolitik z.B. durch Schaffung einer Beschäftigungsunion zu erreichen?

14) Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, damit die von Ihnen und zuletzt von Bundesminister für Finanzen Mag. Klima als Ergänzung zur Europäischen Währungsunion geforderte Harmonisierung der Steuersätze Wirklichkeit wird, um das Steuerdumping zu verhindern und den Spielraum für eine eigenständige Wirtschafts-, Fiskal- und Beschäftigungspolitik zu erweitern ?

15) Der Europäische Rechnungshof hat kritisiert, daß umgerechnet 54 Mrd. S, das sind knapp 6 % des gesamten EU-Budgets, nicht ordnungsgemäß verwendet wurden. Beweist diese Tatsache nicht, daß die Europäische Kommission mit den Beitragszahlungen ihrer Mitglieder fahrlässig und zu großzügig umgeht?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, daß die Beitragszahlungen der österreichischen Steuerzahler künftig ordnungsgemäß verwendet werden?

16) Teilen Sie die Auffassung, daß die hohe Abgabenquote, die unvergleichbar hohen Lohnnebenkosten und der Bürokratismus einen Wettbewerbsnachteil für die österreichische Wirtschaft darstellen?

Wenn ja, inwieweit und mit welchen Prioritäten werden Sie welche konkreten Maßnahmen setzen?

Wenn nein, warum nicht?

17) Kann man davon ausgehen, daß Sie für eine Erhöhung der Abgabenquote eintreten, wenn Sie einerseits eine Erhöhung der Erbschaftssteuer fordern, und andererseits Finanzminister Mag. Klima eine Senkung der Einkommensteuersätze ausschließt?

18) Wie interpretieren Sie die Absicht des Finanzministers, die Steuersätze auch nach 1999 beibehalten zu wollen, obwohl Deutschland bis 1999 den Spitzensteuersatz von 53 auf 35 % und bei niedrigen Löhnen die Steuerbelastung von derzeit 25,9 % auf unter 20 % senken will?

19) Sind Sie für die Einführung einer Solidarabgabe, welche von den Spitzenfunktionären der SPÖ gefordert wird?

Wenn ja, wie soll diese Solidarabgabe gestaftet sein ?

Wenn nein, warum nicht?

20) Dänemark, das wirtschaftspolitisch als EU-Musterschüler gilt, will etwa ein Drittel des gesamten Staatshaushaltes von Energie- und CO₂ Steuern bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit bestreiten. Seit Einführung dieser ökologischen Steuerreform hat Dänemark wesentlich höhere Wachstumsraten als Österreich.

Wann gedenken Sie von der Energiebesteuerung als reiner Budgetsanierungsmaßnahme zu einer ökologisch ausgerichteten Energiebesteuerung und damit verbundenen Entlastung des Faktors Arbeit überzugehen?

21) Mit Jänner 1997 wird ein wesentlicher Teil des Belastungspaketes 1996 in Kraft treten, der eine erhöhte Steuerbelastung in Zusammenhang mit den Sonderzahlungen bewirken wird (§ 67 Abs. 12 EStG 1988).

Planen Sie weitere Verschlechterungen bei der Besteuerung der Sonderzahlungen?

22) Werden Sie sich für eine steuerliche Entlastung nicht entnommener Gewinne einsetzen, um insbesondere die triste Eigenkapitalausstattung der heimischen Betriebe und Unternehmen zu verbessern?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, wann und in welcher Form?

23) Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um eine verstärkte Zuführung von Risikokapital an die Unternehmen zu ermöglichen?

24) Können Sie sich im Zuge einer Neuregelung der Familienbesteuerung die Einführung des sogenannten „Familiensplittings“, insbesondere zur steuerlichen Entlastung von Mehrkinderfamilien, vorstellen?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, wann und in welcher Form?

25) Der Bundesinnungsvertreter des Baugewerbes, Andreas Kropik, sieht einen großen Anteil der Überschuldung der Betriebe bei den schlechten Zahlungskonditionen der Auftraggeber großer Projekte: „Die öffentliche Hand begleicht ihre Zahlungen oft mit einer Verspätung von 120 Tagen. Das ist untragbar“, so Kropik. (Wirtschaftsblatt / 05.11.1996)

Aus welchem Grund ist insbesondere die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand derart schlecht und welche Maßnahmen werden Sie in diesem Zusammenhang setzen ?

26) IHS Experte Andreas Wörgötter kritisierte, daß die Exportwirtschaft keine wirtschaftliche Unterstützung erhalte, und daß außer Ankündigungen von Offensiven bisher nichts geschehen sei.

Wann werden Sie endlich eine im Sinne einer Verbesserung der österreichischen Leistungsbilanz dringende erforderliche Exportoffensive einleiten?

27) Welche Maßnahmen sollen im Rahmen dieser Exportoffensive gesetzt werden?

28) Welche konkreten Maßnahmen mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung ergriffen, um dem nach wie vor dramatischen Rückgang im österreichischen Fremdenverkehr Einhalt

zu gebieten und andererseits das Fremdenverkehrsland Österreich für In- und Ausländer wieder attraktiver zu gestalten?

29) Großen sozialpartnerschaftlichen Organisationen, wie dem als Verein organisierten ÖGB, kommt in Österreich erhebliche Bedeutung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu, ohne daß eine ausreichende, nachvollziehbare Gebarungskontrolle dieser Organisationen erfolgt.

Teilen Sie die Auffassung, daß in Zukunft alle Körperschaften, denen als Berufsvereinigung im Sinne des § 4 Abs. 1 i.V.m. § 5 Abs. 1 des Arbeitsverfassungsgesetzes die Kollektivvertragsfähigkeit zuerkannt wurde, der Gebarungskontrolle durch den Rechnungshof gem. Art. 1 27b B-VG unterzogen werden sollten?

Wenn ja, inwiefern?

Wenn nein, warum nicht?

30) Teilen Sie die Auffassung, daß im Interesse einer ordnungsgemäßen nachvollziehbaren Gebarungskontrolle alle Vereine und sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, deren Vereinsvermögen die Grenze von 50 Mio. S übersteigt, den für Aktiengesellschaften geltenden Rechnungslegungsbestimmungen unterzogen werden sollen?

Wenn ja, inwiefern?

Wenn nein, warum nicht?

31) In der Wirtschaftswoche Nr. 48 aus 1996 wird die Auffassung des Finanzministers wiedergegeben, wonach der ÖGB als Verein weder Körperschafts- noch Kapitalertragssteuer zu zahlen habe.

Teilen Sie die vom Finanzminister vertretene Auffassung ?

32) Laut einem Kurierartikel vom 19.11.1996 ist die Chance Österreichs, sein anonymes Sparbuch beibehalten zu können, praktisch auf Null gesunken.

Was eine Aufhebung des Bankgeheimnisses bzw. der Anonymität des Sparbuches für Österreich bedeuten würde kann am Beispiel Schweiz nur zu gut nachvollzogen werden. Nach Expertenmeinung würde nämlich bei einem Aufheben des Schweizer Bankgeheimnisses mehr als die Hälfte der Vermögenswerte aus der Schweiz abgezogen werden (FAZ vom 07.11.1996).

Teilen Sie die im Kurierartikel vertretene Auffassung und wenn ja, was werden Sie unternehmen, um nach einer Aufhebung der Anonymität der Sparbücher ein Abfließen von Vermögenswerten ins Ausland zu verhindern?

33) Die ständigen Arbeitsplatzverluste im Bereich der Industrie lassen eine schleichende „Entindustrialisierung“ Österreichs befürchten.

Ist Ihnen diese Problematik bekannt und welche Maßnahmen haben Sie gesetzt bzw. werden Sie setzen, um dem Abbau von Arbeitsplätzen entgegenzutreten?

34) Wie stehen Sie in Kenntnis der dramatischen Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt zur Äußerung von ÖGB-Präsident Verzetnitsch vom 23. Juli 1993, der schon damals gemeint hat, Österreich könne sich eine Arbeitslosenrate von 15 % leisten?

35) Welche negativen Folgen erwarten Sie durch die Einführung des Euro für den Arbeitsmarkt und welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den negativen Folgen, zum Beispiel im Banken- und Versicherungsbereich, entgegenzuwirken?

36) Die PTA plant eine erhebliche Einschränkung Ihres Leistungsangebotes (z.B. durch Schließung von Postämtern und Auflassung von Buslinien), die einen Verlust von rd. 8.000 Arbeitsplätzen zur Folge haben wird.

Ist Ihnen diese Absicht bekannt und welche Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik werden Sie setzen?

37) Im Bereich der öffentlichen Verwaltung besteht derzeit wegen der restriktiven Aufnahmepolitik für Jugendliche kaum eine Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsmöglichkeit. Halten Sie es mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für vereinbar, daß sich die öffentliche Hand jeglicher Verantwortung für die Ausbildung der Jugend entzieht, während gleichzeitig von den privaten Arbeitgebern die Bereitstellung von Lehrplätzen eingefordert wird?

38) Welche Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (insbesondere Wiedereinstiegshilfen, Sonderprogramme für Branchen und Problemarbeitslose, Qualitätspolitik für gefährdete Arbeitsplätze) hat diese Bundesregierung bisher überhaupt gesetzt?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des § 93 Abs. 1 GOG-NR vor Eingang in die Tagesordnung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln.